
Aufwärts ohne Schwung

In Deutschland herrscht seit drei Jahren wirtschaftliche Stagnation. Seit Mitte des Jahres gibt es aber Hinweise auf eine Besserung der konjunkturellen Lage. So zeigen alle wichtigen Frühindikatoren seit einiger Zeit wieder nach oben. Optimistisch stimmt dabei, dass sich – anders als in der ersten Hälfte des vergangenen Jahres – nicht nur die Erwartungen verbessert haben, sondern dass die Unternehmen in letzter Zeit auch ihre derzeitige Situation wieder etwas günstiger einschätzen. Ein wesentlicher Grund für die Aufhellung des Konjunkturklimas liegt darin, dass die Weltwirtschaft nach dem Ende des Irak-Konflikts wieder Fahrt aufgenommen hat. Die Erholung der Weltkonjunktur beflügelt nicht nur den Export, über eine Verbesserung der Erwartungen wirkt sie sich auch positiv auf die Binnennachfrage aus. Hinzu kommt die expansive Geldpolitik. Anfang Juni hat die Europäische Zentralbank die Leitzinsen nochmals um einen halben Prozentpunkt gesenkt, und angesichts der nur verhaltenen konjunkturellen Erholung im Euroraum und geringer Inflationsgefahren ist ein Anziehen der geldpolitischen Zügel vorerst nicht zu erwarten. Schließlich wirkt sich auch die Festigung der Aktienkurse positiv auf die Erwartungen aus.

Nach wie vor gibt es aber Faktoren, die die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland belasten. So beeinträchtigt die kräftige Aufwertung des Euro die internationale Wettbewerbsposition deutscher Unternehmen. Dies gilt auch für den Euroraum, wo der Wettbewerbsdruck durch Konkurrenten aus dem Dollarraum mit der Höherbewertung des Euro zugenommen hat. Ein weiterer retardierender Faktor ist die Finanzpolitik. Sie wird, selbst wenn die letzte Stufe der Steuerreform – wie von der Regierung beabsichtigt – vorgezogen wird, nach gegenwärtigem Stand im kommenden Jahr restriktiv ausgerichtet sein. Erschwerend kommt hinzu, dass der unklare und zum Teil inkonsistente Kurs in der Wirtschaftspolitik eine erhebliche Verunsicherung bei Verbrauchern und Unternehmen hervorgerufen hat, die die Konjunktur zusätzlich belastet.

Vor diesem Hintergrund erwarten die sechs großen Wirtschaftsforschungsinstitute in ihrem jüngst vorgelegten Herbstgutachten für Deutschland nur eine zögernde Erholung der Konjunktur ohne große Dynamik. Für dieses Jahr prognostizieren sie eine Stagnation der gesamtwirtschaftlichen Produktion. Für 2004 rechnen sie zwar mit einem Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts um 1,7%, rund ein Drittel davon geht aber auf das Konto einer ungewöhnlich hohen Zahl von Arbeitstagen, so dass die Kapazitätsauslastung arbeitstäglich bereinigt nicht zunehmen wird. Von einem Aufschwung kann demnach 2004 keine Rede sein. Angesichts der nur verhaltenen konjunkturellen Expansion ist vorerst auch keine durchgreifende Besserung der Lage am Arbeitsmarkt in Sicht. Obwohl die Beschäftigung durch die in Angriff genommenen Maßnahmen zur Reform des Arbeitsmarktes gestützt wird, erwarten die Institute für das nächste Jahr einen weiteren leichten Rückgang der Beschäftigung und eine Zunahme der Zahl der Arbeitslosen auf 4,45 Millionen.

Ob die für das kommende Jahr prognostizierte wirtschaftliche Erholung in einen regelrechten Aufschwung einmünden wird, lässt sich gegenwärtig schwer sagen. Ein nicht unerhebliches Risiko liegt im hohen Leistungsbilanzdefizit der USA, das wegen der konjunkturellen Vorreiterrolle der USA im nächsten Jahr nochmals steigen wird. Würde sich an den Märkten die Auffassung durchsetzen, dass ein Leistungsbilanzdefizit von mehr als 5% des Bruttoinlandsprodukts auf Dauer nicht tragbar ist, könnte es zu einem weiteren, möglicherweise sogar abrupten Kursverfall des Dollar kommen. Das könnte dazu führen, dass die Erho-



Eckhardt Wohlers

lung der Weltwirtschaft erneut ins Stocken gerät. Dadurch würde der Export, der eine wichtige Stütze der konjunkturellen Erholung in Deutschland bildet, spürbar beeinträchtigt werden – mit entsprechenden Konsequenzen auch für die Binnen- nachfrage.

Doch selbst bei günstiger Entwicklung der Weltwirtschaft ist längst noch nicht sicher, dass sich auch in Deutschland ein Aufschwung herausbildet, der diesen Namen verdient. Viel hängt von der Wirtschaftspolitik ab. Es wäre Gift für die Konjunktur, wenn das Hin und Her über den wirtschaftspolitischen Kurs im nächsten Jahr weitergehen und der Attentismus von Verbrauchern und Unternehmen deshalb fortbestehen würde. Ähnliches gilt, wenn die in Angriff genommenen Reformen stecken bleiben oder stark verwässert würden. Kompromisse, die lediglich kurzzeitig etwas Luft schaffen ohne die Probleme nachhaltig zu lösen, würden in der gegenwärtigen Situation kaum dazu beitragen, das Vertrauen in die Wirtschaftspolitik wieder zu verbessern. In diesem Falle wäre die Gefahr groß, dass sich die Konjunktur in Deutschland auch nach 2004 ohne Schwung dahinschleppt.

Positiv stimmt, dass die Einsicht in die Notwendigkeit von Reformen durch die Diskussion der vergangenen Wochen und Monate bei allen relevanten Gruppen gewachsen ist. Die Bundesregierung setzt ihre Hoffnung vor allem auf die Agenda 2010. Diese weist nach Einschätzung der Institute im Grundsatz in die richtige Richtung. Nach den bisherigen Erfahrungen ist allerdings zu befürchten, dass vieles zu zaghaft angegangen oder im politischen Prozess wieder verwässert wird. So findet sich von den in der Agenda 2010 angekündigten Maßnahmen zur Steigerung der Effizienz im Gesundheitswesen im jetzt beschlossenen Maßnahmenpaket kaum noch etwas wieder. Auch lassen die verschiedenen finanzpolitischen Vorhaben keine klare Linie erkennen; zum Teil sind sie sogar widersprüchlich. So will die Regierung einerseits das gesamtstaatliche Defizit, das in diesem Jahr auf reichlich 4% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt steigen wird, möglichst schon im kommenden Jahr wieder unter die im Maastricht-Vertrag vorgesehene Obergrenze von 3% drücken. Gleichzeitig soll aber zur Anregung der Konjunktur die dritte Stufe der Steuerreform vorgezogen und dies größtenteils über Kredite finanziert werden. Beides ist nicht miteinander vereinbar. So wird das Budgetdefizit nach Einschätzung der Institute auch im kommenden Jahr mit 3,5% die Obergrenze deutlich überschreiten.

Angesichts der prekären Haushaltslage soll nun offenbar Ernst gemacht werden mit dem – von den Instituten immer wieder geforderten – Abbau von Subventionen. Nach den Vorschlägen der Ministerpräsidenten Koch und Steinbrück soll ein großer Teil der Subventionen und Steuervergünstigungen in den Jahren 2004 bis 2006 um 4% pro Jahr gekürzt werden. Die Institute plädieren dafür, beim Subventionsabbau noch ehrgeiziger vorzugehen. So könnten nach ihrer Ansicht die Eigenheimzulage und die Entfernungspauschale kurzfristig deutlich verringert oder ganz abgeschafft werden; Gleiches gilt für die Steuerfreiheit von Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit. Eine drastische Reduzierung von Subventionen wäre nicht nur ein Beitrag zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte. Sie würde auch Raum schaffen für mehr Investitionen in Human- und in Sachkapital sowie für eine deutliche Senkung von Steuern und Abgaben. Mit einer solchen Politik würden Wachstum und Beschäftigung nachhaltig gefördert. Wichtig ist aber auch ein in sich schlüssiges Konzept mit aufeinander abgestimmten Maßnahmen in allen Bereichen und einem verbindlichen Fahrplan für die Umsetzung. Nur so kann letztlich die Vertrauenskrise, die derzeit die Konjunktur belastet, überwunden werden. Dann besteht gute Aussicht, dass die konjunkturelle Erholung in einen nachhaltigen Aufschwung einmündet.